

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Bestandsaufnahme

I.	Das BetrVG 1952	9
1.	Die Rechtsprechung des BAG	9
2.	Die Stellungnahme der Wissenschaft	11
3.	Einwände	12
II.	Die Bemühungen um eine gesetzliche Reform	15
1.	Reformvorschläge zwischen 1966 und 1969	15
2.	Vorarbeiten zum BetrVG 1972	16
III.	Probleme der Auslegung des § 37 Abs. 6 und 7	18
1.	Der Streit um die Kostenfrage	18
2.	Weitere Rechtsprechung und Literatur zu § 37 Abs. 6 und 7	19
3.	Kritik und eigener Ansatz	23

§ 2 Normzweck von § 37 Abs. 6 und 7 und Übersicht über zulässige Bildungsinhalte

I.	Entstehungsgeschichte und Verhältnis zum bisherigen Recht	24
1.	Systematische Stellung und grundsätzliche Haltung des Gesetzgebers zur früheren BAG-Rechtsprechung	24
2.	Die parlamentarischen Vorarbeiten zu § 37 BetrVG 1972	26
3.	Mängel der früheren Lösung und Intention des neuen Gesetzes	26
II.	Die Zielsetzung der Fortbildung nach § 37 Abs. 6 und 7 – Herstellung intellektueller Waffengleichheit?	27
1.	Die Realisierung seiner Normen als spezielles Anliegen des BetrVG 1972	27
2.	Effektivierung der Beteiligungsrechte durch intellektuelle Waffengleichheit?	29
3.	Begründung aus dem BetrVG selbst	29
4.	Konfliktlösung durch Dialog – ein Grundprinzip des BetrVG	30
5.	Mitwirkungs- und Beratungsrechte?	32

6. Vereinbarkeit mit Grundprinzipien der Rechtsordnung?	32
7. Entstehungsgeschichte des § 37 BetrVG	34
8. Weiteres Vorgehen	35
III. Das Bildungsdefizit der Arbeitnehmer	35
1. Problemstellung	35
2. Zum Bildungs- und Informationsstand von Managern	36
3. Zum Bildungs- und Informationsstand von Betriebsräten	38
4. Bestätigung durch soziolinguistische Untersuchungen	41
5. Verarbeitung in der juristischen Literatur	42
IV. Konsequenzen für die Inhalte von Schulungs- und Bildungs- veranstaltungen nach § 37 Abs. 6 und 7	43
1. Die grundsätzliche Abgrenzung von Abs. 6 und 7	43
2. Konkretisierung der Bildungsinhalte	48
a) „Stoffplan“ zu § 37 Abs. 6	48
b) „Stoffplan“ zu § 37 Abs. 7	52

§ 3 Probleme der organisatorischen Durchführung

I. Die Dauer der Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	54
1. Der Fall des § 37 Abs. 6	54
2. Der Fall des § 37 Abs. 7	57
a) Bei regelmäßiger Amtszeit	57
b) Bei „Neulingen“	58
c) Bei regelmäßiger Amtsperiode	58
II. Die zeitliche Lage der Schulungs- und Bildungs- veranstaltungen	61
III. Die Zahl der Teilnehmer	62
IV. Die Auswahl der Teilnehmer	64
V. Die Träger von Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	66
1. Die in Betracht kommenden Organisationen	66

2. Verfassungsrechtlicher Schutz der gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsarbeit?	67
3. Das Wahlrecht des einzelnen Mitglieds	69
VI. Einzelfragen	70
1. Kurse mit „gemischtem“ Teilnehmerkreis	70
2. Ermessensfreiheit des Betriebsrats?	70

§ 4 Der von § 37 Abs. 6 und 7 erfaßte Personenkreis

I. Betriebsräte und Ersatzmitglieder	72
II. Mitglieder der Jugendvertretung	73
III. Mitglieder des Wahlvorstands	74
IV. Mitglieder des Wirtschaftsausschusses	74
V. Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat	75
VI. Vertrauensmann der Schwerbeschädigten	77

§ 5 Die Ansprüche auf Lohnfortzahlung, Freizeitausgleich und Aufwendungsersatz

I. Lohnfortzahlung	78
II. Der Anspruch auf Freizeitausgleich	78
III. Der Anspruch auf Gewährung von Aufwendungsersatz im Falle des § 37 Abs. 6	81
1. Die anfallenden Kosten	81
2. Der Grundsatz der Kostentragungspflicht des Arbeitgebers	82
3. Verstoß gegen das Koalitionsrecht?	83

4. Beschränkung durch das Prinzip der Verhältnismäßigkeit . . .	84
5. Abtretbarkeit der Ansprüche	86
6. Tarifausschlußklauseln und Verjährung	86
IV. Der Anspruch auf Gewährung von Aufwendungsersatz im Falle des § 37 Abs. 7	87

§ 6 Die prozessuale Durchsetzung

I. Die Rechtslage bei § 37 Abs. 6	88
1. Das Freistellungsverfahren im Betrieb	88
2. Das Verfahren vor der Einigungsstelle	89
3. Entscheidungen des Arbeitsgerichts im Beschlußverfahren	90
4. Die Beteiligten	91
5. Inhaltliche Überprüfung der Entscheidung des Betriebsrats	92
6. Zum Erlaß einstweiliger Verfügungen	93
7. Kosten des Beschlußverfahrens	94
8. Zwangsvollstreckung	94
II. Die Rechtslage bei § 37 Abs. 7 BetrVG	94
1. Durchsetzung der Rechte des Betriebsratsmitglieds	94
2. Die Bestimmung der zuständigen Behörde im Anerken- nungsverfahren	95
3. Umfang der Prüfung im Anerkennungsverfahren	97
4. Die zuständige Gerichtsbarkeit	98
5. Die Klagebefugnis	99
6. Einstweiliger Rechtsschutz	100

§ 7 Zusammenfassung

in Thesen	102
Literaturverzeichnis	107